

Umwelt

EU-Kommission bearbeitet Liste der verbotenen Stoffe für Elektro- und Elektronikgeräte

Nach Vorgaben der neuen RoHS-Richtlinie (Restriction of certain Hazardous Substances) muss die EU-Kommission bis Juli 2014 die Liste der in Neugeräten verbotenen Stoffe überarbeiten und erweitern.

Fortsetzung auf Seite 2

Umwelt

Kommission vor Revision der Grundwasser-Richtlinie

Die Europäische Kommission hat angekündigt, die Grundwasser-Richtlinie (2006/118/EC) in einzelnen Punkten überarbeiten zu wollen. Konkret geht es um die Anhänge I und II der Richtlinie, in denen Grundwasserqualitätsnormen und Schwellenwerte für Grundwasserschadstoffe festgelegt werden.

Fortsetzung auf Seite 2

Umwelt

Aussprache im Umweltausschuss zur Änderung der UVP-Richtlinie

Im Umweltausschuss des Europäischen Parlaments (ENVI) fand am 6. Mai 2013 eine Aussprache zu dem Berichtsentwurf von Andrea Zanoni (ALDE/IT) zur Änderung der Umweltverträglichkeitsprüfungs- Richtlinie (UVP-Richtlinie, COM(2012) 628 final) statt.

Fortsetzung auf Seite 2

Innovation

Kommission fördert Öko-Innovationsprojekte

Die Europäische Kommission will weitere 45 Öko-Innovationsprojekte mit insgesamt 31,5 Millionen Euro fördern. Insbesondere kleine und mittlere Unternehmen sind aufgerufen, ihre Projekte aus den fünf Bereichen Materialrückführung, Wasser, nachhaltige Baustoffe, umweltfreundliche Geschäftspraktiken sowie Lebensmittel und Getränke einzureichen.

Fortsetzung auf Seite 3

Industriepolitik

Neue EU-Richtlinie: Unternehmen sollen Nachhaltigkeitsberichte ausweiten

Am 16. April 2013 hat die EU-Kommission einen neuen Richtlinienvorschlag veröffentlicht, der alle Unternehmen mit mehr als 500 Mitarbeitern verpflichten soll, Auskunft über ihr gesellschaftliches Engagement im Nachhaltigkeitsbereich (Stichwort: Corporate Social Responsibility, CSR) zu geben.

Fortsetzung auf Seite 3

Metals pro Climate

Metalle auch in Zukunft notwendig

Metals pro Climate-Dialogue "Environmental and resource efficiency productivity indicators - objectives, scope and challenges" am 5. Juni 2013 in der NRW Landesvertretung Brüssel

Frau Irmtraud Pawlik, Sprecherin der Geschäftsführung der Hydro Aluminium Rolled Products GmbH und der Hydro Aluminium Germany GmbH ging in ihrem Einführungsvortrag: „Assessing resource efficiency of materials: the Non-Ferrous metals specificities and recommendations“ auf die große Bedeutung des Themas Ressourceneffizienz für die Industrie ein.

Fortsetzung auf Seite 4

Brüssel-Termine

18.06.2013

Tagung des Rates für Umwelt (ENVI)

18.06.2013

Tagung des Rates für Handelsminister (FAC)

21.06.2013

Tagung des Rates für Wirtschaft und Finanzen (ECOFIN)

27. - 28.06.2013

Tagung des Europäischen Rates

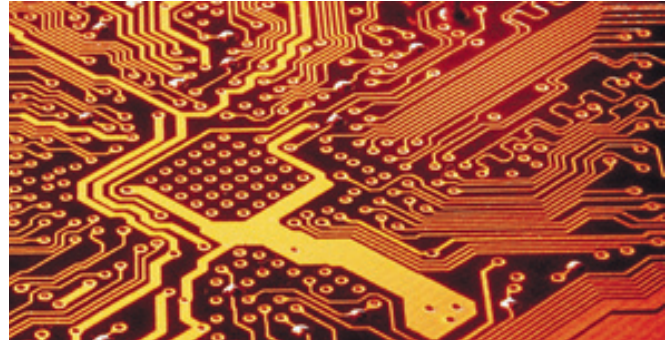
1. - 4.07.2013

EU-Parlament, Plenarsitzung

Umwelt

EU-Kommission bearbeitet Liste der verbotenen Stoffe für Elektro- und Elektronikgeräte

Nach Vorgaben der neuen RoHS-Richtlinie (Restriction of certain Hazardous Substances) muss die EU-Kommission bis Juli 2014 die Liste der in Neugeräten verbotenen Stoffe überarbeiten und erweitern. Derzeit sind die Metalle Blei, Quecksilber, Cadmium und sechswertiges Chrom verboten. Es gibt allerdings Ausnahmen für einzelne Anwendungen und für technisch unvermeidbare Spuren dieser Metalle. Die EU-Kommission hat die Überarbeitung der Verbotsliste nun offiziell gestartet und mit der Überprüfung das österreichische Umweltbundesamt beauftragt. Bis November sollen eine Methode, die der Überarbeitung zugrunde gelegt werden soll, sowie konkrete Empfehlungen für neue Verbotsstoffe vorliegen. Bereits bei der Diskussion um die aktuell geltende RoHS-Richtlinie in den Jahren 2008/2009 gab es sehr intensive Diskussionen über mögliche Erweiterungen der Liste nach Empfehlungen des Öko-Institutes als auch nach Vorschlägen von Abgeordneten des EU-Parlamentes. Hierbei wurden auch einzelne NE-Metalle als zusätzliche Verbotskandidaten vorgeschlagen, z.B. Beryllium, Arsen trioxid und Nickel. Nach Gesprächen der WVM mit dem Öko-Institut kam es zu diesen Erweiterungen jedoch nicht. Es ist allerdings davon auszugehen, dass ähnliche Vorschläge nun wieder aufkommen. Die WVM verfolgt das Thema sehr aufmerksam gemeinsam mit den betroffenen Industrien und Eurometaux.

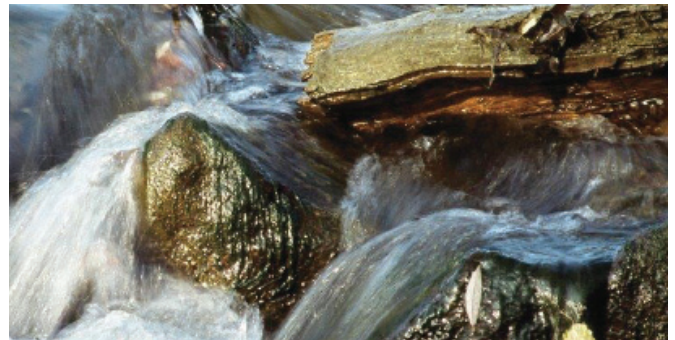


Ansprechpartner in der WVM: Rainer Buchholz, Tel.: +49 30 726207-120, E-Mail: Buchholz@wvmetalle.de

Umwelt

Kommission vor Revision der Grundwasser-Richtlinie

Die Europäische Kommission hat angekündigt, die Grundwasser-Richtlinie (2006/118/EC) in einzelnen Punkten überarbeiten zu wollen. Konkret geht es um die Anhänge I und II der Richtlinie, in denen Grundwasserqualitätsnormen und Schwellenwerte für Grundwasserschadstoffe festgelegt werden. Im Sommer 2013 startet die Kommission eine öffentliche Konsultation zur Überarbeitung. Die regelmäßige Überprüfung dieser Anhänge ist nach der Grundwasserrichtlinie alle sechs Jahre vorgesehen. Dieser Vorgabe kommt die Kommission jetzt nach. Zunächst forderte sie Interessierte auf, bis Ende April 2013 Studien und wissenschaftliche Berichte zur Belastung von Grundwasser mit Schadstoffen als Grundlagen für die Reform einzureichen. Insbesondere gesucht wurden Informationen zu:



- Technische Informationen über Schadstoffe, die möglicherweise zur Gefahr für europäische Gewässer werden könnten sowie Indikatoren dieser Risiken;
- technische Informationen über Umweltqualitätsnormen oder Schwellenwerte in Bezug auf diese Schadstoffe und Indikatoren;
- Informationen über Kosten und Nutzen der Risikoprävention und -begrenzung dieser Schadstoffe;
- Best-practice-Beispiele, um Schwellenwerte im Grundwasser festzulegen und zu beobachten;
- jede andere damit zusammenhängende Information zu sozioökonomischen oder ökologischen Auswirkungen.

Die Reformvorschläge der Kommission werden im Frühjahr 2014 erwartet.

Aussprache im Umweltausschuss zur Änderung der UVP-Richtlinie

Im Umweltausschuss des Europäischen Parlaments (ENVI) fand am 6. Mai 2013 eine Aussprache zu dem Berichtsentwurf von Andrea Zannoni (ALDE/IT) zur Änderung der Umweltverträglichkeitsprüfungs-Richtlinie (UVP-Richtlinie, COM(2012) 628 final) statt. Der Berichterstatter erläuterte die Schwerpunkte und bezog grundsätzlich eine positive Stellung zum Kommissionsvorschlag. Marianne Wenning, Direktorin der Generaldirektion Umwelt (GD ENV) der EU-Kommission, begrüßte den Berichtsentwurf insgesamt, sah bei einigen Forderungen des Berichterstatters jedoch noch Diskussionsbedarf, z.B. im Hinblick auf das ex-post Monitoring oder den Einbezug von Siedegases in die Richtlinie. Die WVM und der BDI kritisieren in ihrer Stellungnahme zur Novellierung der UVP-Richtlinie, dass die geplanten Neuregelungen einen wesentlichen Mehraufwand und erhebliche zusätzliche Kosten für die Unternehmen und Behörden mit sich bringen würden. Gegenüber dem zu erwartenden Nutzen wären diese unverhältnismäßig. Eine Diskussion zu den Änderungsanträgen findet am 19./20. Juni 2013 statt. Die Abstimmung im Umweltausschuss ist für den 4. Juli 2014, die Abstimmung im Plenum für den 23. Oktober 2013 terminiert.

Ansprechpartner in der WVM: Daniel Quantz, Tel.: +49 30 726207-181, E-Mail: Quantz@wvmetalle.de

Innovation

Kommission fördert Öko-Innovationsprojekte

Die Europäische Kommission will weitere 45 Öko-Innovationsprojekte mit insgesamt 31,5 Millionen Euro fördern. Insbesondere kleine und mittlere Unternehmen sind aufgerufen, ihre Projekte aus den fünf Bereichen Materialrückführung, Wasser, nachhaltige Baustoffe, umweltfreundliche Geschäftspraktiken sowie Lebensmittel und Getränke einzureichen. Gesucht sind Produkte, Verfahren oder Dienstleistungen, die noch nicht am Markt positioniert sind. Die Europäische Kommission bietet eine Kofinanzierung von bis zu 50 Prozent der Gesamtkosten des Vorhabens.

Für die Kommission ist Öko-Innovation nicht nur ein Nischenbereich umweltfreundlicher Geschäftspraktiken. Europas Wettbewerbsfähigkeit wird in den kommenden Jahrzehnten davon abhängen, ob die Engpässe bei den Ressourcen überwunden werden können. Öko-innovative Unternehmen sind die Wegbereiter für eine solche Umwandlung zugunsten der gesamten Wirtschaft. Kleine und mittlere Unternehmen sind aufgefordert, eine Finanzierung zu beantragen und die EU als Vorreiter in Sektoren wie Wasser und Abfallbewirtschaftung zu unterstützen.

Projekte können noch bis zum 5. September 2013 eingereicht werden. Öko-Innovation wird über das Programm für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation (CIP) der EU gefördert. Das CIP verfügt für den Zeitraum 2008 bis 2013 über ein Gesamtbudget von etwa 220 Mio. EUR. Fast 50 Projekte, die bei der Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen im vergangenen Jahr ausgewählt wurden, starten in Kürze, und mehr als 185 Projekte laufen bereits.

Ansprechpartnerin in der WVM: Franziska Erdle, Tel.: +49 30 726207-107, E-Mail: Erdle@wvmetalle.de



Industriepolitik

Neue EU-Richtlinie: Unternehmen sollen Nachhaltigkeitsberichte ausweiten

Am 16. April 2013 hat die EU-Kommission einen neuen Richtlinienvorschlag veröffentlicht, der alle Unternehmen mit mehr als 500 Mitarbeitern verpflichten soll, Auskunft über ihr gesellschaftliches Engagement im Nachhaltigkeitsbereich (Stichwort: Corporate Social Responsibility, CSR) zu geben. Danach sollen Gesellschaften mit mehr als 500 Mitarbeitern in ihren Jahresberichten künftig relevante und wesentliche Angaben zu ökologischen und sozialen Aspekten offenlegen. Die betroffenen Gesellschaften müssen demnach künftig ihre Grundsätze, Risiken und Ergebnisse in Bezug auf Umwelt-, Sozial- und Arbeitnehmerbelange, Achtung der Menschenrechte, Bekämpfung von Korruption und Bestechung sowie Vielfalt in den Leitungs- und Kontrollorganen publizieren. Aus Sicht der EU-Kommission soll sich der verwaltungstechnische Aufwand auf ein Minimum beschränken, weil den Unternehmen die Verwendung von bereits bestehenden zertifizierten Leitlinien (z. B. ISO 26000) offen steht.

Der Richtlinienvorschlag der EU-Kommission ist problematisch, da hierdurch eine unnötige Mehrbelastung etlicher Unternehmen erzeugt würde und vor allem auch der Mittelstand teilweise unverhältnismäßige Anforderungen ausgesetzt würde. Das bisherige Prinzip der Freiwilligkeit und der marktbasierten Anreize hat sich als effektiv erwiesen, weswegen eine neue europäische Rechtsvorschrift fehl am Platze ist. Aus diesen Gründen plädiert die WVM gemeinsam mit dem BDI dafür, den Vorschlag der EU-Kommission zurückzuziehen bzw. abzulehnen.

Ansprechpartner in der WVM: Rolf Kuby, Tel.: +32 2 5021988, E-Mail: Kuby@wvmetalle.de



++ SAVE THE DATE ++ SAVE THE DATE ++ SAVE THE DATE ++ SAVE THE DATE ++

Workshop „Ressourceneffizienz als globale Herausforderung“

26. Juni 2013, 8.00 bis 10.15 Uhr

Haus der Bundespressekonferenz, Berlin

Metalle pro Klima

Metalle auch in Zukunft notwendig

Metals pro Climate-Dialogue “Environmental and resource efficiency productivity indicators - objectives, scope and challenges” am 5. Juni 2013 in der NRW-Landesvertretung Brüssel

Frau Irmtraud Pawlik, Sprecherin der Geschäftsführung der Hydro Aluminium Rolled Products GmbH und der Hydro Aluminium Germany GmbH ging in ihrem Einführungsvortrag: „Assessing resource efficiency of materials: the Non-Ferrous metals specificities and recommendations“ auf die große Bedeutung des Themas Ressourceneffizienz für die Industrie ein. Die erfolgreiche Initiative „Metals pro Climate“ belege dies eindrucksvoll mit mittlerweile über 50 Best Practice-Beispielen. Der globale Wettbewerbsdruck zwingt dazu, Produkte ständig innovativ in Bezug auf Ressourceneffizienz weiterzuentwickeln, wie z.B. die Aluminium-Getränkedose, die erstmals seit ihrer Markteinführung unter 10 g wiegt. Das Metallrecycling ermögliche es, Metalle ohne Qualitätsverlust immer wieder im Kreislauf zu führen. Daher sei es auch nicht negativ zu bewerten, dass weltweit auch weiterhin Primärmetall notwendig sei, um die wachsende Nachfrage nach Metallen zu decken. Der weltweit wachsende Metallpool sei kein Verbrauch von Metallen, sondern eine Investition für nachfolgende Generationen, die hierauf zugreifen können. Mit Bezug auf die Entwicklung von Ressourceneffizienzindikatoren warb Frau Pawlik für mehr Qualität statt Geschwindigkeit und dafür, die in der Infrastruktur und in Produkten lediglich zeitweise gebundenen Metalle angemessen im Indikator zu berücksichtigen. Hierfür seien in enger Kooperation mit der NE-Metallindustrie weitere Anstrengungen der Europäischen Kommission nötig.

In der sich anschließenden Paneldiskussion informierte Frau Carina Vopel von der Generaldirektion Umwelt der EU-Kommission über den aktuellen Stand bei der Erarbeitung von Ressourceneffizienzindikatoren, die vermutlich erst im Rahmen der Überarbeitung der 2020-Strategie der EU bekanntgegeben werden. Sie wies darauf hin, dass die existierenden Indikatoren Schwächen aufwiesen und insbesondere das Recycling noch nicht ausreichend abbilden. Vor ihrer Einführung als Überwachungs-, Berichts- oder Steuerungsinstrument sei weitere Arbeit notwendig. Derzeit sei nicht an Zielvorgaben für den Materialverbrauch gedacht. Allerdings werden derartige Zielvorgaben im Beratergremium der EU-Kommission, der European Resource Efficiency Platform (EREP) gefordert.

Bas Eickhout, EU-Parlamentarier der Grünen und Mitglied im Umweltausschuss, betonte die Notwendigkeit strikter Ressourceneffizienz-Vorgaben, um die Innovationskraft der Union zu erhöhen. Dazu sei es schädlich, vor politischen Maßnahmen weiter auf „perfekte“ Indikatoren zu warten. Die Einführung von marktwirtschaftlichen Instrumenten, wie z.B. die Einführung von Abgaben oder aber ein Schwenk der Besteuerung von Löhnen zur stärkeren Besteuerung von Ressourcen, seien geeignete Ansätze, die zu verfolgen seien.

Als weitere Teilnehmerin des Panels gab Helen Mountford von der OECD einen Überblick über Ansätze zur Verbesserung der Ressourceneffizienz außerhalb der EU. Auch sie betonte die Notwendigkeit, Recycling in den Indikatoren besser abzubilden. Kevin Bradley, Präsident des Nickel Institutes, betonte die Rolle von Unternehmen im internationalen Wettbewerb und die Verantwortung und Möglichkeiten der Verbraucher, verantwortungsvolle Entscheidungen für mehr Ressourceneffizienz zu treffen.

Ansprechpartner in der WVM: Rainer Buchholz, Tel.: +49 30 726207-120, E-Mail: Buchholz@wvmetalle.de



Irmtraud Pawlik, Hydro



v.l.n.r.: Helen Mountford, OECD, Bas Eickhout, MdEP, Irmtraud Pawlik, Hydro, Kevin Bradley, Nickel Institute, Carina Vopel, GD Umwelt



Helen Mountford, OECD

Wirtschaftsvereinigung Metalle in Brüssel:

Square Ambiorix 43 · 1000 Brüssel · Tel.: +32 2 5021988 · Fax: +32 2 5033574 · E-Mail: Kuby@wvmetalle.de